

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung (Nr. 15/19-23) des Fachausschusses „Verkehr“ am Montag, den 20.03.2023, 18.00 Uhr bis 19.45 Uhr in der Oberschule Habenhausen, Bunnsackerweg 2-4, 28279 Bremen**

**Anwesende:**

**FA-Mitglieder:** Gesine Becker (i.V.), Peter Erlanson, Stefan Faber, Klaus Sager, Gerd Schmidt, Ewald Stehmeier, Ulf Nummensen (nicht stimmberechtigt)

**Fehlend:** Kurt Dansich, Frank Seidel (e)

**Gäste:** Frau Schluroff (Schulleitung Grundschule Habenhausen), Herr Sonnenburg (Schulleitung Oberschule Habenhausen), Herr Klüsing (Polizeirevier Obervieland), Vertreter:innen der Presse und interessierte Bürger:innen

**Sitzungsleitung und Protokoll:** Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

Der Sitzungsleiter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt. (6 Ja-Stimmen)

**TOP 2: Bunnsackerweg: Mögliche Maßnahmen im Straßenzug im Hinblick auf Schulwegsicherung (im Anschluss an Befassung im Fachausschuss am 01.02.2023)**

**Der Sitzungsleiter** gibt einleitend einen kurzen Rückblick auf die Ergebnisse der vergangenen Ausschusssitzung zu diesem Sachverhalt. Die Überlegung im Zuge dieser Sitzung sei gewesen, für die heutige Sitzung zu diesem Punkt das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) für eine gemeinsame Diskussion einzuladen. Dies habe nach Absage von dort jedoch leider nicht realisiert werden können. Das Ortsamt habe dem ASV daraufhin im Vorwege die Umsetzungsvorschläge aus der vergangenen Sitzung (Einrichtung einer Einbahnstraße, Rückschnitt der Begrenzungshecke zum Schulgelände zur Erweiterung des Gehwegs und Rückbau der Parkstreifen zur Erweiterung des Gehwegs) mit der Bitte um Stellungnahme übermittelt. Im Ergebnis wird von dort die Einrichtung einer Einbahnstraße mit Hinweis auf unzumutbare Umfahrungswege abgelehnt. Der Rückschnitt der Hecke zur Erweiterung des Gehwegs werde grundsätzlich unterstützt, es stünden allerdings keine Mittel für eine Umsetzung zur Verfügung, so dass diese Maßnahme planerisch im Zuge der anstehenden Umgestaltungen auf dem Schulgelände mitgedacht werden sollte. Zum möglichen Rückbau der Parkstreifen sei im Weiteren keine konkrete Rückmeldung erfolgt. Als eigene Vorschläge habe das ASV zudem die mögliche Einrichtung von Fahrradbügeln seitlich der vorhandenen Hochpflasterung bei gleichzeitiger Aufgabe zweier Stellplätze (zur Verbesserung der Sichtverhältnisse) sowie die Anordnung eines temporären Haltverbots für ein bis zwei Parkbuchten entlang des Bunnsackerweges zur Entzerrung der verkehrlichen Situation unterbreitet.

**Herr Stehmeier** macht deutlich, er halte die Einrichtung von Fahrradbügeln aufgrund der tatsächlichen Länge der Hochpflasterung für keine wirkliche Verbesserung an dieser Stelle. Auch lehne er die Einrichtung temporärer Haltverbote ab, da diese praktisch als Zugeständnis an die Eltern zu werten wären, die man auf der anderen Seite eigentlich davon überzeugen wolle, gar nicht erst mit dem Auto an der Schule vorzufahren. Er plädiere daher dafür, die Wegnahme der Begrenzungshecke bei gleichzeitiger Erweiterung des Gehweges in die Planung für den Campus-Ausbau der Grund- und Oberschule aufzunehmen. Zudem könnten in Fahrtrichtung Sportplatz auf einer Länge von etwa 20 Metern noch einige Poller zwischen Fahrbahn und Gehweg ergänzt werden. Daneben sehe er aktuell keine weiteren Möglichkeiten für eine nachhaltige Verbesserung der Situation vor Ort.

**Frau Becker** fragt, ob nicht Laufwege über das Schulgelände denkbar wären als Alternative zur eingeschränkten Gehwegsituation vor dem Schulgrundstück/den Schulgrundstücken. Zudem wäre möglicherweise ein Bonussystem denkbar für Kinder, die sich nicht mehr von ihren Eltern mit dem Auto bringen ließen.

**Frau Schluroff** erwidert dazu, die Frage alternativer Laufwege über das Gelände erforderten auch alternative Zugangsmöglichkeiten und möglicherweise werde das verkehrliche Problem dann lediglich an diesen neuen Standort verlagert. Die Möglichkeiten für ein Bonussystem in der dargestellten Art und Weise sehe sie aktuell nicht. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Ergänzung der Poller-Reihe bitte sie zudem darum, den jetzigen Zustand unverändert zu lassen, da sich in diesem Bereich aktuell tatsächlich eine der wenigen Ausweichmöglichkeiten für Begegnungsverkehre ergebe.

**Herr Faber** möchte wissen, ob die Schulen bereits über den Einsatz von ausgebildeten Schülerlotsen nachgedacht hätten.

**Frau Schluroff** verneint dies.

**Frau Becker** schlägt des Weiteren vor, statt einer zunächst angedachten Einbahnstraße mit fester Verkehrsrichtung möglicherweise über eine Variante mit Änderung der Fahrtrichtung im Tagesverlauf nachzudenken.

**Der Sitzungsleiter** gibt zu bedenken, dass eine solche Variante die Vorbehalte des ASV hinsichtlich der Umfahrungsstrecken nicht entkräften würde, da diese auch bei einer zwischenzeitlichen Umkehrung der Einbahnrichtung genutzt werden müssten.

**Aus dem Publikum** wird (unter anderem von Anliegern des Bereichs) deutlich gemacht, dass der Straßenzug insgesamt zu eng für Begegnungsverkehr sei. Vor diesem Hintergrund sei der mögliche Rückbau der Parkstreifen grundsätzlich der zielführendste Lösungsansatz. In erster Linie könnte auf diesem Wege die dringend benötigte Verbreiterung des Gehweges erfolgen. Auf der anderen Seite könnten von der gewonnenen Fläche ggf. noch einige Zentimeter der Fahrbahn zugeschlagen werden, um das Ausweichen im Begegnungsverkehr zu erleichtern. Die Verbreiterung des Gehweges müsse aber in diesem Zusammenhang klare Priorität genießen.

**Herr Faber** stellt auf Grundlage der Diskussionsergebnisse den Antrag, die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau aufzufordern zu prüfen, ob ein Rückbau der Parkstreifen zu Gunsten einer Gehwegverbreiterung möglich sei. Des Weiteren solle sie einen Rückschnitt der Begrenzungshecke zur Nutzung des bereits darunter gepflasterten Bereichs sowie den Rückbau der Verkehrsinsel im Baumhauser Weg in Höhe der Einmündung Bunnsackerweg und parallel dazu ein eingeschränktes Haltverbot für den Bereich zwischen Pfarrfeldsweg und jetziger Verkehrsinsel veranlassen. Anschließend fasst der Ausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

**Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf,**

- einen Rückbau der Parkstreifen im Abschnitt zwischen Baumhauser Weg und Deichland entlang des Bunnsackerweges zu Gunsten einer Gehwegverbreiterung zu prüfen,
- die zum Schulgrundstück gehörende Begrenzungshecke in Abstimmung mit dem Bildungsressort bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 2023/24 so weit zurückzuschneiden (Unterhaltungszuständigkeit Umweltbetrieb Bremen), dass die darunter bereits vorhandene Pflasterung als zusätzlicher Gehwegbereich genutzt werden kann, und
- die im Baumhauser Weg vor der Einmündung des Bunnsackerweges (auf Höhe der dortigen Bäckereifiliale) vorhandene Verkehrsinsel zurückzubauen und im Abschnitt von dort bis zur Einmündung Pfarrfeldsweg ein eingeschränktes Haltverbot einzurichten.

#### **Begründung:**

Aufgrund der schmalen Fahrbahn des Bunnsackerweges (praktisch kein Begegnungsverkehr möglich) und dem gleichzeitig sehr schmalen Gehwegbereich in Höhe der Eingangsbereiche von Grund- und Oberschule kommt es insbesondere zum morgendlichen Schulbeginn in Verbindung mit dem Berufsverkehr aus dem dahinterliegenden Wohnquartier Deichland regelmäßig zu zeitweise chaotischen Verkehrsverhältnissen. Dies stellt aus Sicht der Schulwegsicherung ein latentes Sicherheitsrisiko dar. Die Verbreiterung des Gehweges auf der Schulseite könnte hier zu einer deutlichen Verbesserung der Gesamtsituation führen. Aktuell sorgen zudem auch die Verkehrsinsel im Baumhauser Weg und regelmäßig davor dauerhaft geparkte Fahrzeuge für eine zusätzliche Unübersichtlichkeit im Einmündungsbereich des Bunnsackerweges

**und eine Verschärfung der Gesamtsituation. Der geforderte Rückbau und ein zusätzliches Haltverbot könnten an dieser Stelle zu weiterer Entspannung führen.** (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

### **TOP 3: Fuhle Breede: Mögliche Einrichtung eines Haltverbots im Zugangsbereich Freie Evangelische Bekenntnisschule**

Der Sitzungsleiter erklärt, die Schule selbst habe den Antrag auf Einrichtung eines Haltverbots in diesem Bereich an den Beirat gerichtet. Das dortige Problem sei im Grunde vergleichbar mit der Situation im Bunnackerweg. Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zur Schule und sorgen durch das Anhalten im Eingangsbereich der Schule für verkehrliche Probleme.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Straßenverkehrsordnung entsprechende Beschilderungen in Zone30-Bereichen von vornherein grundsätzlich ausschließt. Und selbst im Falle einer Aufstellung sei keine regelmäßige Überwachung dieser Anordnung gewährleistet, was vermutlich dann zu einer fortgesetzten Missachtung führen würde.

Vor diesem Hintergrund fasst der Ausschuss folgenden

#### **Beschluss:**

**Der Beirat Obervieland weist den Antrag der Freien Evangelischen Bekenntnisschule auf Einrichtung von Haltverboten im Bereich des Schulzugangs am Straßenzug Fuhle Breede zurück, da keine Möglichkeiten für eine erfolgreiche Umsetzung und regelmäßige Überwachung vor Ort gesehen werden.** (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)

### **TOP 4: Mögliche Unterstützung Beschluss Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt „Tempo 30 im innerörtlichen Hauptverkehrsnetz“**

Nach kurzer Diskussion stellt Herr Faber den Antrag, den Beschluss der beiden Beiräte nicht zu unterstützen. Herr Sager dagegen beantragt, dem Beschluss entsprechend zu folgen.

Der Sitzungsleiter lässt zunächst über den Antrag von Herrn Faber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung bei Stimmengleichheit (3 Ja, 3 Nein-Stimmen)

Anschließend lässt der Sitzungsleiter über den Antrag von Herrn Sager abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung bei Stimmengleichheit (3 Ja, 3 Nein-Stimmen)

Der Ausschuss kommt abschließend überein, den Sachverhalt zur Entscheidung an den Beirat zurückzureichen.

### **TOP 5: Arster Heerstraße (zwischen Autobahnbrücke und Autobahnzubringer Arsten): Mögliche Einrichtung eines Streckengebots 30 km/h (im Anschluss an Befassung im Fachausschuss am 01.02.2023)**

Der Sitzungsleiter teilt mit, in der vergangenen Sitzung war für diesen Sachverhalt zunächst um kurzfristige Geschwindigkeitsmessungen mit der beiratseigenen Messtafel gebeten worden. Hierfür lägen mittlerweile Ergebnisse für einen vierwöchigen Messzeitraum vor.

Herr Schmidt erklärt, die Ergebnisse ließen keine größeren Auffälligkeiten erkennen. Die V85-Werte (die von 85% der Fahrzeugführer durchschnittlich gefahrene Geschwindigkeit) lägen für Richtung und Gegenrichtung bei 54 und 55 km/h. Es gebe auch (insbesondere nachts) einige Ausreißer nach oben, diese seien jedoch im Verhältnis der Gesamtzahl der gemessenen Fahrzeuge relativ gering. Er persönlich sehe daher grundsätzlich keinen Handlungsbedarf.

Herr Sager sähe in einer Absenkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h dennoch eine Erhöhung der Sicherheit und beantragt daher eine entsprechende Umsetzung.

Herr Faber beantragt daneben, das Verkehrsressort um Auskunft zum Umsetzungsstand Verbindungsweg Fahrenhorster Straße/Im Brüggefelde zu bitten und im Zuge der Umsetzung dann die Einrichtung einer Querungshilfe (in Höhe Fahrenhorster Straße oder Im Brüggefelde) einzufordern.

Der Sitzungsleiter lässt zunächst über den Antrag von Herrn Sager abstimmen und der Ausschuss fasst folgenden

**Beschluss: Der Fachausschuss Verkehr des Beirates Obervieland fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, in der Arster Heerstraße (zwischen Autobahnunterführung und Autobahnzubringer Arsten) ein 30 km/h-Streckengebot einzurichten.**

**Begründung:**

**Aktuelle Messungen mit der beiratseigenen Geschwindigkeitsmesstafel zeigen für diesen Abschnitt in Richtung und Gegenrichtung ein V85-Geschwindigkeitsniveau von 54 und 55 km/h auf. Hinzu kommt, dass die Anwohner:innen der Straßenzüge Fahrenhorster Straße und Im Brüggefelde die Arster Heerstraße regelmäßig zum Erreichen des ÖPNV in stadteinwärtiger Richtung ohne die Möglichkeit einer unterstützenden Querungshilfe kreuzen müssen. (Mehrheitliche Zustimmung, 4 Ja-, 2 Nein-Stimmen)**

Anschließend lässt der Sitzungsleiter über den Antrag von Herrn Faber abstimmen und der Ausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

**Der Beirat Obervieland bittet die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau um Mitteilung eines Sachstandes zur Errichtung eines Verbindungswegs zwischen den Straßenzügen Fahrenhorster Straße und Im Brüggefelde.**

**Zudem fordert der Beirat die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, im Zuge der Einrichtung dieses Verbindungsweges dann eine (durch den Verbindungsweg für beide Straßenzüge nutzbare) zusätzliche Querungshilfe über die Arster Heerstraße einzurichten**

**Begründung:**

**Dem Beirat war auf seinen Beschluss vom 28.05.2020 in dieser Angelegenheit (siehe Anlage) seitens des Amtes für Straßen und Verkehr mitgeteilt worden, dass das Anliegen von dort unterstützt werde und im Weiteren eine Abstimmung dazu mit dem Verkehrsressort erfolgen müsse. Bislang ist hier allerdings keine weitergehende Entwicklung erkennbar. (Einstimmige Zustimmung, 6 Ja-Stimmen)**

**TOP 6: Verschiedenes ./.**

gez. Radolla  
Sitzungsleitung und Protokoll

gez. Stehmeier  
stellv. Ausschusssprecher